

NIEDERSCHRIFT HFA/031/2009

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 19.03.2009 im **Sitzungssaal des Rathauses.**

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde

Herr Günther Fehmer

Herr Bernhard Kortmann

Vertretung für Herrn
Thomas Hagemann

Herr Willi Krause

Herr Dr. Wolfgang Meyring

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Jürgen Brunn

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Herr Michael Fliß

Herr Thomas Tauber

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner

Herr Hubertus Messing

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Konjunkturpaket II

Herr Mollenhauer berichtet über die bei dem Informationsgespräch der Bezirksregierung am 17. März 2009 gewonnenen Erkenntnisse über die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes. Danach könne das Geld nur in den Bereichen ausgegeben werden, in denen der Bund die Ge-

setzgebungskompetenz habe. Konkrete Aussagen, ob Projekte tatsächlich den Regeln entsprechen, werde es nicht geben. Die Kommunen können Projekte anmelden und dann die Mittel abrufen. Die Bezirksregierung führe lediglich Plausibilitätsprüfungen durch. Die Bürgermeister/innen müssten dann die Übereinstimmung der Maßnahmen mit dem Katalog der förderfähigen Maßnahmen bestätigen. Mittlerweile gebe es einen umfangreichen Fragen- und Antwortkatalog. In Billerbeck werde es aber wohl keine großen Probleme geben, weil die Mittel hauptsächlich für die energetische Sanierung der Schulen ausgegeben werden sollen und hierfür eindeutig der Bund zuständig sei.

Herr Mollenhauer geht dann näher auf die Grundlagen und Förderungsschwerpunkte des Konjunkturpaketes II ein. Weiter teilt er mit, dass die Stadt Billerbeck für den Investitionsschwerpunkt „Bildung“ 617.580,-- € und für den Investitionsschwerpunkt „sonstige Infrastruktur“ 562.796,-- € erhalte. Wenn eine Kommune keine Möglichkeit sehe, die Gelder auszugeben, bestehe die Möglichkeit, dass anderen Kommunen zusätzliche Mittel zugewiesen werden. Die Maßnahmen müssten bis 2010 begonnen und bis 2011 abgeschlossen werden.

Der von den Gemeinden zu erbringende Eigenanteil in Höhe von 12,5% werde vom Land vorfinanziert und müsse ab 2012 zurück gezahlt werden. Diese „Rückzahlung“ erfolge in der Weise, dass die Schlüsselzuweisungen um diesen Gemeindeanteil gekürzt werden.

Neben der Übereinstimmung mit dem Förderkatalog sei die Zusätzlichkeit der Maßnahmen wichtig. Die Maßnahmen dürften nicht in einem bereits rechtskräftigen Haushaltsplan verplant sein. Die Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket können über überplanmäßige Ausgaben abgewickelt werden.

Frau Dirks ergänzt, dass die Maßnahmen, die in der 5-jährigen Investitionsplanung enthalten seien, hiervon nicht betroffen seien. Da für 2009 noch kein gültiger Haushaltsplan vorliege, werde es hier keine Probleme geben.

Herr Mollenhauer erläutert weiter, dass eine Nachhaltigkeit der Investitionen gewährleistet sein müsse. So müsse z. B. erklärt werden, dass Gebäude auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels auch in Zukunft so genutzt werden. Die Bezirksregierung werde das nicht prüfen, sondern allenfalls Plausibilitätsprüfungen durchführen. Vermutlich würden später die Kreise zu Rechnungsprüfungsinstanzen erklärt. Diese müssten dann nach Abschluss der Maßnahme eine Erklärung abgeben und wenn es nicht passe, müssten die Fördermittel mit Zinsen zurückgezahlt werden. Das bedeute, dass möglichst kein Risiko eingegangen werden sollte.

Verwaltungsseitig werden vorneweg die Sanierung der Realschulaula und die Dachsanierung des gesamten Gebäudes vorgeschlagen. Hierfür müssten Kosten in Höhe von 500.000,-- € veranschlagt werden. Noch nicht geklärt sei, ob die Mittel auch im Bereich der Realschulturnhalle ausgegeben werden dürfen.

Herr Mollenhauer berichtet weiter, dass im Rahmen der Informationsveranstaltung bzgl. der Mittel für den Bereich der „sonstigen Infrastruktur“ die Frage des Aufzuges im Rathaus ins Gespräch gebracht worden sei. Diese Maßnahme sei von der Bezirksregierung als durchaus denkbar bezeichnet worden, eine abschließende Aussage gebe es aber nicht. Da die Frage aufgenommen worden sei, hoffe er, dass die Antwort demnächst in der Liste erscheinen werde.

Der Bereich Wirtschaftswege werde in der Begründung des Gesetzes ausdrücklich erwähnt, damit seien diese auf jeden Fall förderfähig.

Herr Mollenhauer hofft, dass bis Anfang nächster Woche detailliertere Informationen vorliegen, um eine aussagekräftige Sitzungsvorlage für die Ratssitzung erstellen zu können. Der Rat sollte dann vom Grundsatz her die Maßnahmen festlegen. Die Liste der Maßnahmen sollte allerdings offen bleiben, da parallel zum Konjunkturpaket bekanntlich ein Antrag nach dem Investitionsprogramm für Maßnahmen an der Hauptschule gestellt worden sei. Wenn man hier nicht zum Zuge komme, sollten diese Maßnahmen in das Konjunkturprogramm eingebunden werden.

Herr Schlieker erklärt, dass er Probleme mit der Förderung der Wirtschaftswege habe. Die Mittel aus dem Konjunkturprogramm II würden ausschließlich durch Schulden finanziert und müssten von den nachfolgenden Generationen zurückgezahlt werden. Wirtschaftswege kämen aber nicht den jungen Leuten zugute und eine Investition in Wirtschaftswege sei auch nicht nachhaltig. Ihm sei klar, dass ein Großteil der Wirtschaftswege sanierungsbedürftig ist, hierfür sollten aber andere Mittel verwandt werden.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass hier seitens des Bundes Geld bereit gestellt werde, über das in den Kommunen ad hoc entschieden werden müsse. Immerhin gehe es um rd. 1,2 Mio €. Den Kommunen werde eine Verantwortung aufgehalst, wobei sich die Frage stelle, ob man das so schultern könne.

Herr Fehmer regt an, über Sicherheitskonzepte an allen drei Schulen nachzudenken. Es sollten Zahlen und Fakten ermittelt werden, um die Maßnahmen tlw. aus dem Konjunkturpaket mit zu finanzieren.

Frau Dirks erwidert, dass hierüber bereits mit den Schulen gesprochen worden sei. In der vorliegenden Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf seien bzgl. der Grundschule Ausführungen zu finden. Die Abwicklung einiger Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturprogrammes eröffne Spielräume für andere Maßnahmen, so Herr Mollenhauer. Gerade im Bereich Sicherheit und Brandschutz seien einige Maßnahmen, wie Lautsprecheranlage und Sicherheitsbeleuchtung an den beiden Grundschulstandorten vorgesehen. Hierfür seien Kosten in Höhe von 130.000,- € ermittelt worden. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, diese Summe in den Haushaltsplan einzustellen.

Herr Dittrich regt an, die interkommunale Zusammenarbeit zu nutzen, weil viele Schulen das gleiche Problem hätten und noch nicht über eine Laut-

sprecheranlage verfügten. Ein gemeinsamer Einkauf werde zu Kosteneinsparungen führen. Des Weiteren begrüße er es, dass der Aufzug mit Mitteln des Konjunkturprogrammes verwirklicht werden soll und so das Rathaus endlich barrierefrei werde.

Vor dem Hintergrund, dass die Breitbandversorgung aus dem Konjunkturpaket gefördert werden kann, bittet Herr Fehmer die Verwaltung, nähere Informationen über die in Rosendahl praktizierte Breitbandversorgung mittels Funktechnik einzuholen.

Frau Dirks teilt mit, dass die Informationen bereits zusammen getragen würden, sobald diese komplett seien, werde berichtet.

2. SPD-Fraktionsantrag Konjunkturpaket II

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass viele Punkte des SPD-Antrages bereits abgearbeitet seien. Der in dem SPD-Antrag aufgeführte Bau eines Kunstrasenplatzes stehe noch aus, es sei aber deutlich gemacht worden, dass für Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm der Bund zuständig sein müsse.

Herr Dittrich erklärt, dass der Antrag zu einem frühen Zeitpunkt gestellt worden sei und damals noch keine detaillierten Aussagen über den Mitteleinsatz bekannt waren. Wenn der SPD-Antrag bei den weiteren Überlegungen berücksichtigt werde, sei das in Ordnung.

3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 einschließlich Finanz- und Investitionsplanung

Frau Dirks führt zum weiteren Vorgehen aus, dass eigentlich am 02.04.2009 der Haushaltsplan verabschiedet werden sollte. Da es sich aber um den ersten NKF-Haushalt handle und man außerdem das Investitionspaket vor der Brust habe, soll dieser Termin verschoben werden. Am 02.04.2009 werde Herr Gottheil vom Studieninstitut Münster im Rahmen einer Ratssitzung eine Schulung zum NKF-Haushalt durchführen. Weitere Tagesordnungspunkte sollen in dieser Ratssitzung nur dann beraten werden, wenn sie unaufschiebbar sind. Der Entwurf des Haushaltsplanes soll in der HFA-Sitzung am 7. Mai 2009 beraten werden, die Verabschiedung sei dann für Mitte Mai geplant.

Frau Dirks verweist dann auf die allen vorliegende Veränderungsliste zu den Haushaltsansätzen und die Liste mit der Zusammenstellung der verschiedenen Produkte (Anlagen 1 und 2).

Herr Fehmer erklärt, dass im Hinblick auf die in der nächsten Ratssitzung vorgesehene Schulung und die Festlegung der aus dem Konjunkturpaket zu verwirklichenden Maßnahmen die Beratung des Haushaltsplanentwurfes auf die HFA-Sitzung am 07.05.2009 verschoben werden sollte.

Nachdem Herr Dittrich und Herr Schlieker dem beipflichten, wird die Vorberatung des Haushaltsplanes auf den 07.05.2009 verschoben.

4. Mitteilungen

Keine

5. Anfragen

5.1. Brief der Anwohner der Kampstraße - Herr Kortmann

Herr Kortmann führt an, dass sich die Anlieger der Kampstraße mit einem Brief an die Bürgermeisterin gewandt haben. In dem Brief werde nach dem Rückbau der Bauruine gefragt und auf den unschönen Anblick der dort abgestellten Mülltonnen hingewiesen. Weiter werde nachgefragt, ob und wann das städt. Haus Ecke Kamp-/Kirchstraße aufgewertet werde. Herr Kortmann befragt die Bürgermeisterin, wie sie mit diesem von allen Anliegern der Kampstraße unterschriebenen Brief umgehen werde.

Frau Dirks bestätigt den Eingang des Briefes. Es handele sich aber nicht um eine Bürgeranregung, sondern um eine Beschwerde. Über die Bauruine sei hier mehrfach berichtet worden. Für den Rückbau sei der Kreis zuständig, es gelte aber Fristen einzuhalten. Bei den Mülltonnen handele es sich um private Mülltonnen und über das städt. Haus werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Näheres ausgeführt. Sie werde sich mit den Anliegern in Verbindung setzen und besprechen, wie Fortschritte erzielt werden können.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass das städt. Haus vom Verfall bedroht sei und man sich hiermit bereits mindestens seit 2006 beschäftige.

Frau Dirks wiederholt, dass Grundstücksangelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden müssen.

5.2. Infrastrukturgesellschaft - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring verweist auf Zeitungsberichte über die Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Infrastrukturgesellschaft durch alle beteiligten Kommunen. Hierin sei von den Stadtwerken Münsterland die Rede. Er fragt kritisch nach, wie es zu dieser Namensgebung gekommen sei und ob diesbezüglich nicht der Rat hätte beteiligt werden müssen.

Frau Dirks geht davon aus, dass der Name in den vorliegenden Unterlagen bereits genannt worden sei, sagt über Überprüfung und Berichterstattung zu.

5.3. Kosten für die Kommunalwahl - Herr Tauber

Herr Tauber erinnert an die Beantwortung seiner Anfrage nach den durch die Verschiebung der Kommunalwahl entstehenden zusätzlichen Kosten inkl. EDA-Kosten. Weiter fragt er nach, ob die Landesregierung in einem Brief auf die Problematik hingewiesen worden sei.

Frau Dirks teilt mit, dass sie einen entsprechenden Brief an den Innenminister formuliert habe, dieser ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt. Über die zusätzlichen Kosten werde in der Ratssitzung am 02.04.2009 berichtet.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin